

GEMEINDEKOOPERATIONEN

ÜBUNG ODER NOTWENDIGKEIT?

Die interkommunale Zusammenarbeit wird für die Aufgabenerfüllung durch die Gemeinden immer wichtiger.

Auf entsprechend reges Interesse stieß eine Veranstaltung des Instituts für Föderalismus mit dem Titel „Gemeindekooperation – Übung oder Notwendigkeit?“ Mitte November in Bregenz. Beleuchtet wurden Fragen rund um die interkommunale Zusammenarbeit mittels Fachvorträgen und einer Diskussionsrunde.

In seinen Begrüßungsworten hob der Präsident des Vorarlberger Landtags, Harald Sonderegger, die hohe Kooperationsbereitschaft der Vorarlberger Gemeinden hervor. Von Seiten des Landes Vorarlberg bemühe man sich, Kooperationen – beispielsweise mit Hilfe von begleitenden Maßnahmen in Kooperationsprozessen oder Anschubfinanzierungen – zu fördern. Ständige Veränderungsprozesse würden neue Kooperationsformen erforderlich machen.

Im Anschluss wurde im Rahmen von vier Fachinputs ein theoretischer und praktischer Überblick vermittelt. Den Beginn machte Daniel Müller-Jentsch von der Avenir Suisse mit einem Vortrag zum Strukturwandel im Berggebiet sowie funktionalen Räumen und regionaler Kooperation. Dabei wurden zunächst strukturelle Nachteile des alpinen Raums, insbesondere in der Schweiz, dargestellt, wodurch Berggebiete wirtschaftlich unter Druck geraten. Es gibt allerdings zahlreiche funktionale Räume, wie etwa Täler oder Tourismusdestinationen. Für diese bedürfe es einer variablen Geometrie regionaler Kooperationen. Zentral seien regionale Innovationssysteme als Schlüssel für regionale Wettbewerbsfähigkeit sowie Clusterbildungen.

Peter Bußjäger, Direktor des Instituts für Föderalismus, widmete sich in der Folge der interkommunalen Zusammenarbeit in Vorarl-

» Eine verstärkte Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg wird auch in Zukunft notwendig sein, **gleichzeitig soll aber die Gemeinde als Institution** und auch die Identität der Orte **erhalten bleiben.**“

Harald Sonderegger

» Bedarf für Kooperation ist **da**, aber ohne Zwang. Man muss bei der Frage ansetzen, wie Gemeinden ihre Aufgaben sinnvoll bewältigen können. Es bedarf mehr Verbindlichkeit, mehr Unterstützung, besserer Förderungen.“

Brigitte Egger-Bargeh

» Keine Verbindlichkeit als Zwang, **Verbindlichkeit als Konsequenz.**“

Harald Köhlmeier

Landtagspräsident Harald Sonderegger, Landes-Rechnungshofdirektorin Brigitte Egger-Bargeh, Gemeindeverbandspräsident Harald Köhlmeier, Georg Keuschnigg (IFÖ) und IFÖ-Präsident Peter Bußjäger diskutierten abschließend bei einer Podiumsdiskussion die Frage „Braucht es mehr Verbindlichkeit in der interkommunalen Zusammenarbeit?“

» Unterschied horizontale/vertikale Kooperation: Auf Ebene der horizontalen Kooperation ist die Verbindlichkeit nicht wirklich ausgeprägt. Eine andere Frage betrifft die vertikale Verbindlichkeit: Soll man mit Zwang arbeiten? Dafür sind jedoch die Resultate von Gemeindefusionen zu differenziert. Dem Land müsste eine **aktivere Rolle im Rahmen der Kooperation** zukommen.“

Peter Bußjäger



berg und attestierte ihr „Freiwilligkeit auf hohem Niveau“. Allerdings müsse die Landesebene eine gewisse Steuerungsfunktion wahrnehmen, die Prozesse strukturieren und nach Möglichkeit beschleunigen. Die Gemeinden selbst dürften die demokratische Kontrolle der Gemeindekooperation nicht aus den Augen verlieren. In Summe müssten Gemeindekooperationen stärker in die Fläche, in die Regionen gehen, was auch der entscheidende Vorteil gegenüber der Fusion sei.

Das Projekt eines „gemeinsamen Gemein-deamts“ wurde von Klaus Wirth, Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ), dargestellt. Kooperation sei primär eine Frage der Zweckmäßigkeit und des Wollens. Sie erfordere klare Positionierung, entsprechende Rahmenbedingungen sowie konsistentes Handeln aller Akteure. Dies gelte insbesondere für die Idee einer gemeinsamen Verwaltung mehrerer Gemeinden, die bisher in Vorarlberg freilich nur diskutiert, jedoch noch nicht umgesetzt wurde.

Der vierte und letzte Fachinput kam von Georg Keuschnigg, Institut für Föderalismus. Im Zuge dieses Vortrags wurden nationale und internationale Beispiele regionaler Zusammenarbeit näher erläutert. Diese umfassten das Kleifregionenkonzept in Niederösterreich, die Südtiroler Bezirksgemeinschaften, die Regional-konferenzen im Kanton Bern sowie den Stand Montafon. Eine aktuelle Entwicklung stellt ein neues Südtiroler Landesgesetz zur Neuordnung der örtlichen Körperschaften dar. Im Rahmen dieses Gesetzes kann das Land Südtirol künftig Kooperationssprengel verordnen.

Abgerundet wurde die Veranstaltung mit einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion zur Frage „Braucht es mehr Verbindlichkeit in der interkommunalen Zusammenarbeit?“. An der Diskussion nahmen Landtagspräsident Harald Sonderegger, Gemeindeverbands-Präsident Harald Köhlmeier, Landes-Rechnungshofdirektorin Brigitte Egger-Bargeh sowie Klaus Wirth und Peter Bußjäger teil. Zusammenfassend lässt sich dazu festhalten, dass Kooperationen, die stärker als bisher die verschiedenen Kleinregionen des Landes umfassen, als notwendig erachtet werden. Dabei herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass es einer aktiveren Unterstützung von Seiten des Landes bedarf. Die Gemeindekooperation in Vorarlberg finde bereits jetzt auf hohem Niveau statt. Eine Struktur-reform brauche es nicht, dafür aber jedenfalls mehr Verbindlichkeit im Sinne klarer Rechtsgrundlagen der Kooperationen. ●

FOTO s/v Vorarlberger Landtag/Mathias Bertsch